

## WANDLUNGEN IN DER ÖFFENTLICHEN WIRTSCHAFT

### I.

Seit Jahrzehnten ist es üblich, in der volkswirtschaftlichen Struktur zwischen kapitalistischer und öffentlicher Wirtschaft zu unterscheiden. Damit soll ausgedrückt werden, daß neben dem unverbindlichen „Laissez faire“ des privaten Besitzmonopols ein fremdes Element mit verbindlicher Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft eingedrungen ist, nämlich die Staats- und Gemeinde-Wirtschaft, die bis auf den heutigen Tag als öffentliche Wirtschaft bezeichnet wird. Seit der Verlebendigung der Selbstverwaltung durch den *Freiherrn vom Stein*, einem ursprünglichen deutschen Anliegen, hatte sich in den Gemeinden das Prinzip der Universalität ihrer Aufgaben durchgesetzt. Der jetzige Oberbürgermeister von Berlin, *Prof. Ernst Reuter*, weiß aus seinem reichen Erfahrungsschatz in amüsanter Weise zu berichten, daß sich gerade die konservativen Elemente noch in der Weimarer Zeit mit allen Kräften für die versorgungswirtschaftliche Betätigung der Gemeinden eingesetzt haben<sup>1)</sup>. Der Staat wiederum, der den liberalwirtschaftlichen Anschauungen durch das Preußische Berggesetz von 1865 entgegenkam und die bis dahin öffentliche Wirtschaft im Bergbau, insbesondere an der Ruhr, aufgab, sah sich sehr bald gezwungen, wieder Bergwerke in eigene Regie zu übernehmen, um dem Preismonopol des Ruhrkohlen-syndikats entgegenzuwirken. Das geschah zugleich auch im Interesse der öffentlich bewirtschafteten Staatsbahnen, um sie gegenüber dem privaten Kohlenmonopol unabhängig zu machen. Die sonstigen wirtschaftlichen Betätigungen des Staates auf industriellem Gebiet ergaben sich in vielen Fällen dort, wo sich die Privatwirtschaft mangels genügender Gewinnchancen desinteressiert zeigte.

Der politische Versuch der letzten Jahre, dem „Laissez faire“ des vergangenen Jahrhunderts einen neuen Glanz zu verleihen, beruht auf einer großen Täuschung der Nation. Tatsächlich ist der Staat die große Planungsbehörde zugunsten der privaten Unternehmungen. Ja, sie wünschen es und sind sehr daran interessiert, daß er günstige Bedingungen für ausreichende Betätigung und Gewinne schafft. Sinnfällig zeigt sich dies an den Ergebnissen des Sozialprodukts seit der Währungsreform. Von den rund 113 Milliarden des Sozialprodukts von 1951 entfielen auf den privaten Verbrauch 66,42 Milliarden DM, auf den öffentlichen Verbrauch 16,27 Milliarden DM, auf Investitionen und Vorräte 28,79 Milliarden DM. Seit der Währungsreform hat die Wirtschaft mit Hilfe der staatlichen Handels-, Finanz- und Steuerpolitik über 80 Milliarden DM investieren können. In früheren Zeiten war es üblich, einen wesentlichen Teil der Investitionen über den Kapitalmarkt hereinzunehmen, der zu großen Teilen aus Bankguthaben der Sparer stammte. Diesmal ist über den Preis mehr als die Hälfte dieser 80 Milliarden dem Konsumenten ungerechtfertigt abgenommen worden. Mit diesem öffentlich konfiszierten Sparguthaben ist der Verbraucher an der Wirtschaft beteiligt, ohne daß bisher eine Gutschrift erfolgt ist. Diese Beteiligung des Verbrauchers an der Wirtschaft bedarf also noch der Legalisierung.

Dieser sogenannte „Neoliberalismus“ stützt sich auf politische Positionen im Staate. Deshalb wird darauf zu achten sein, den demokratischen Staat vor einseitigen wirtschaftlichen Einflüssen zu schützen. Darüber hinaus geht es um die seit Jahrzehnten gestellte Frage, ob der Staat selber wirtschaften soll, oder ob er

1) Prof. Ernst Reuter: „Die kommunale Versorgungswirtschaft als Aufgabe unserer Zeit.“

Formen findet, in denen sich die gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegelt. Das entgegengesetzte Extrem, den Staat zum Eigentümer zu erklären, ist mit der großen Versuchung verknüpft, die politische mit der wirtschaftlichen Macht zu verbinden, die jede Freiheit erstickt. Es wird darauf ankommen, zwischen Staat und Wirtschaft eine Schranke zu setzen: das *Prinzip der wirtschaftlichen Selbstverwaltung*.

\*

Die Entwicklung der großen Aktiengesellschaften zeigt sehr eindringlich, daß die Anteilseigner im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Aktienrechts keinen sonderlichen Einfluß mehr besitzen. Die Unternehmungen sind zu „Institutionen“ geworden, wie man treffend gesagt hat. Dies gilt vielfach auch für die öffentlichen Betriebe, soweit sie Aktiengesellschaften sind. Sowohl in den privaten wie in den öffentlichen Unternehmungen dieser Rechtsform sind Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder sehr häufig Inhaber von mehreren Aufsichtsratsposten von privaten und öffentlichen Unternehmungen zugleich (z. B. Montane, Viag, Preag, RWE usw.). Beteiligungen sind hierbei nicht ausschlaggebend, entscheidend ist vielmehr der personelle Querverbund. In den wichtigsten Großunternehmungen der öffentlichen Hand, etwa RWE oder Viag, ist er sogar ausschlaggebend. Die neoliberale Pseudodoktrin einflußreicher Parteien der Gegenwart in den Gemeinde- und Kreisparlamenten hat diese Tendenz ohne Zweifel auch von unten her begünstigt. Diese Entwicklung nötigt zu der Feststellung, daß die großen und für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Unternehmungen in der Montanindustrie, der Gas- und Elektrizitätswirtschaft nicht mehr private und öffentliche Unternehmungen im alten Sinne sind. Die alte Unterscheidung zwischen kapitalistischer und öffentlicher Wirtschaft bedarf daher einer Korrektur. Inwieweit sie durch das Betriebsverfassungsgesetz erfolgen wird, bleibt abzuwarten. In der Gas- und Elektrizitätserzeugung gilt heute nicht mehr die Universalität der Gemeinden, sondern die Struktur der Gesamtwirtschaft. Für die Gebiete der Kommunalbanken, der Fuhrparkbetriebe, der Schlacht- und Viehhöfe, des Wohnungswesens, der Gesundheitspflege und Hygiene ist sie unbestritten.

\*

Eine weitere Widerlegung des „Neoliberalismus“ ist die „Durchstaatlichung“ der Wirtschaft, wie es *Karl Renner* formuliert hat. Die sozialen Verpflichtungen, die der Staat in den letzten Jahrzehnten der Wirtschaft auferlegt hat (Sozialversicherung, Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht, Tarifvertragspflicht, Kündigungs-, Jugend- und Frauenschutz, Arbeitsgerichte usw.), liegen bereits jenseits der liberalen Doktrin. Aber auch die staatliche Außenhandelspolitik, Schutzzölle, Geldwesen, Kredit- und Steuerpolitik ergeben sich aus Notwendigkeiten, die von privaten Unternehmerwünschen sehr weit entfernt liegen.

Vor allem aber ist eine soziologische Durchdringung im Gange, worunter im allgemeinen die Demokratisierung der Wirtschaft verstanden wird. Nach dem Mitbestimmungsgesetz für die Unternehmen des Bergbaus sowie der eisen- und stahlerzeugenden Industrie vom Mai 1951 ist nunmehr auch für die übrige Wirtschaft ein Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet, das den Arbeitnehmern ein personelles, soziales und wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht und in den Aufsichtsräten ein Drittel Arbeitnehmervertreter einräumt. Als nächst höhere Stufe ist die Bildung von bezirklichen Wirtschaftskammern und schließlich der Bundeswirtschaftsrat unumgänglich.

Die Durchstaatlichung auf der einen und die gemeinwirtschaftlichen Institutionen auf der anderen Seite erfahren noch eine Ergänzung durch öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungseinrichtungen besonders wichtiger Wirtschafts-

zweige. So ist ein Gesetz über die Bildung eines Bundeskohlenverbandes in Vorbereitung, dessen Organe aus Bundeskohlenrat und Bundeskohlenamt bestehen werden. Der Bundeskohlenrat, für den 30 Personen vorgesehen sind, soll zu einem Drittel aus Vertretern der zuständigen Gewerkschaft bestehen. Längst überfällig ist ein Energiewirtschaftsgesetz, das in einem ähnlichen Sinne zu gestalten wäre. Ebenso ein Bundesverkehrsrat, dessen Aufgabe darin bestehen wird, die fast unentwirrbaren Probleme der Verkehrswirtschaft zu lösen. Diese teils bestehende, teils noch werdende Gemeinwirtschaft ist möglich geworden, ohne daß die Eigentumsfrage zur Erörterung steht.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, diese Entwicklung zu fördern und abzuschließen. Dann wird es möglich sein, die Gemeinwirtschaft mit öffentlicher Wirtschaft gleichzusetzen, wobei zu unterscheiden wäre zwischen privaten und öffentlichen Unternehmungen und nicht mehr, wie bisher, zwischen kapitalistischer und öffentlicher Wirtschaft.

## II.

Es entsprach der Entwicklung seit 1860, daß die Gaserzeugung von der privaten in die öffentliche Hand übergegangen war. Falsch ist es, wenn heute gesagt wird, das öffentliche Monopol des Wegerechts habe diese Entwicklung begünstigt. Vielmehr waren Fragen der Sicherheit, der Gesundheitsfürsorge, der Straßenbeleuchtung usw. maßgebend; also öffentliche Interessen.

Im Jahre 1928 befanden sich 82 vH. der Gaswerke in öffentlichem Besitz, 12 vH. in gemischtwirtschaftlichem und 6 vH. in Privatbesitz. 1300 Werke bedienen mit einer Gasabgabe von 3,3 Milliarden Kubikmeter den öffentlichen Bedarf, während die Zechenkokereien 0,4 Milliarden Kubikmeter, also rund 10 vH, beisteuerten. Von diesem Zeitpunkt an ist die Umstellung auf Ferngas im Gange.

Heute ist das Verhältnis fast umgekehrt. Von den im Jahre 1950 dargebotenen 9,2 Milliarden Kubikmeter entfielen auf die Zechen- und Hüttenkokereien 7,4 Milliarden Kubikmeter und auf die Ortsgaswerke nur 1,8 Milliarden Kubikmeter. Das Verhältnis Privatwirtschaft — öffentliche Wirtschaft beträgt demnach rund 79:21 vH. Darin liegt der Wandel. Es ist weiter festzustellen, daß die öffentliche Gasversorgung im jetzigen Westdeutschland dreimal so groß ist wie im damaligen Reichsgebiet (11 Milliarden Kubikmeter im Jahre 1951).

Die Gaserzeugung der im Bundesgebiet vorhandenen 334 Orts- und Gruppengaswerke beträgt also nur 1,8 Milliarden Kubikmeter. Weitere 280 Orts- und Gruppengaswerke sind an das Ferngasnetz angeschlossen und verteilen sozusagen als Zwischenhändler 1,3 Milliarden Kubikmeter. Die öffentliche Wirtschaft ist unter Berücksichtigung der Besitzverhältnisse demnach an der öffentlichen Gasdarbietung mit 3,1 Milliarden Kubikmeter beteiligt.

Besitzverhältnisse in der Orts- und Gruppengasversorgung (Stand 1950)

	Eigenbetr. und Eigen- gesellsch.	im Besitz von			Orts- und Gruppen- Gaswerke insgesamt
		gemischt- öffentl. Untern.	gemischt- wirtschl. Untern.	Privat unternehmen	
Erzeugerwerke	264	20	38	12	334
Verteilerwerke	168	52	53	7	280
	432	72	91	19	614 *

\* Entnommen aus: Die Gasversorgung

Der Einfluß der öffentlichen Wirtschaft in der Gaserzeugung und -darbietung ist also in den letzten 25 Jahren sehr erheblich zurückgegangen. Dominierend ist die Ruhrwirtschaft mit ihrem Zentralunternehmen, der Ruhrgas AG. Nun ist die Ferngasversorgung ein Rationalisierungsprozeß. Auch die kommunalen Gruppengaswerke sind im Grunde nichts anderes als Ferngasunternehmen, wenn auch nur auf begrenzter regionaler Basis. Diese Entwicklung zur Gruppengasversorgung muß weitergeführt werden. Sie vermindert zwar die Anzahl der Ortsgaswerke, doch wird mit der Finanzkraft mehrerer Gemeinden und mehrerer Unternehmen eine größere Leistungsfähigkeit erreicht. Anteilmäßige Kapitalbeteiligung sichert den einzelnen Gemeinden im übrigen berechnigte wirtschaftliche Interessen.

Eine weitere Maßnahme zur Verstärkung der kommunalen Wirtschaftskraft ist der Versorgungswirtschaftliche Querverbund. Darunter wird die Zusammenfassung der Versorgungsbetriebe in einem einzigen Unternehmen verstanden. Die vielseitigen Vorzüge liegen auf der Hand. Die Gesamtleitung ist übersichtlicher, und die konzentrierte Finanzkraft kann schwerpunktmäßig günstiger eingesetzt werden.

Wie weit dieser Prozeß vorgeschritten ist, ergibt sich aus folgender Übersicht:

Querverbund nach dem Stande von 1950

Im Besitz bzw. betrieben von	Einzel- versorg. Gas	Versorgungszweige zusammengefaßte Versorgung in			Insg.
		Gas und Wasser	Gas u. Strom	Gas, Wasser u. Strom	
Eigenbetrieben u. Eigengesellschaften	37	158	26	211	432
Gemischtöffentlichen Unternehmen	22	3	39	8	72
Gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	54	10	22	5	91
Privatunternehmen	15	3	1	0	19
	128	174	88	224	614

Es ist also offensichtlich, daß die Versorgung des Großraumes durch Ferngas heute bei weitem überwiegt und auch in Zukunft noch zunehmen wird. Diesem sozusagen äußeren Vorgang folgt nun ein innerer Rationalisierungsprozeß, nämlich die Umstellung auf restlose Entgasung. Zum erstenmal geht ein Ferngasunternehmen dazu über, eine eigene Kokerei, allerdings besonderer Art, zu bauen. Die Ruhrgas AG wird auf Zeche Leopold bei Dorsten eine Gasfabrik nach dem Lurgi-Druckverfahren erstellen. Dieses Werk wird Ballastkohle zur restlosen Entgasung bringen. Der Gestehungspreis je Einheit soll ohne Koksanfall sehr günstig liegen. Damit scheint das Problem der Gaserzeugung ohne Koksanfall gelöst zu sein. Dies ist für die weitere Entwicklung von Bedeutung. Die Leistungsfähigkeit des Dorstener Werkes wird über 1 Million Kubikmeter je Tag betragen.

1928 hatte die öffentliche Wirtschaft an der Gaserzeugung einen Anteil von 90 vH., im Jahre 1952 von wahrscheinlich weniger als 20 vH. Das Gasmonopol liegt also eindeutig bei den Zechen- und Hüttenkokereien sowie bei den Ferngasunternehmen des Ruhrgebietes. Vom Gesichtspunkt der Gemeinwirtschaft aus ist deshalb die Neuordnung der Energiewirtschaft dringlicher denn je geworden.

## III.

In der Elektrizitätswirtschaft gilt der Erfahrungssatz, daß sich der Verbrauch in Rhythmen von jeweils zehn Jahren verdoppelt. Dies würde also zu bedeuten haben, daß die im Jahre 1951 in Westdeutschland installierte Kraftwerksleistung von rund 7000 MW auf rund 14 000 MW erhöht werden muß, um den ständig steigenden Mehrbedarf decken zu können. Hieraus ergibt sich der Zwang zu erheblichen Investitionen, für die sowohl jetzt wie auch in absehbarer Zeit auf dem Kapitalmarkt ausreichende Mittel nicht zur Verfügung stehen. Neben den erforderlichen Neuinvestitionen sind darüber hinaus jährlich mindestens 2 vH. der installierten Leistung zu erneuern. Bis 1960 wird mit einem Investitionsbedarf von jährlich einer Milliarde DM gerechnet.

Die Elektrizitätswirtschaft läßt sich nach vier Richtungen hin aufgliedern:

1. *Verbundelektro*, zusammengeslossen in der deutschen Verbundgesellschaft. Es sind folgende neun Unternehmungen: RWE, Essen; VEW, Dortmund; Badenwerk AG, Karlsruhe; Bayernwerk AG, München; Elektrowerke AG, Berlin; Energieversorgung Schwaben, Stuttgart; Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover; Hamburgische Elektrizitätswerke AG, Hamburg; Bewag, Berlin. Von diesen Werken sind abhängig: industrielle Abnehmer, kommunale Unternehmen als Verteiler und Haushaltabnehmer.

2. *Regionalelektro*, zusammengefaßt in der Arbeitsgemeinschaft regionaler Unternehmen (ARE). Sie beziehen oder erzeugen Strom und verteilen im regionalen Verbund von Kreisen und Städten.

3. *Ortselektro*. Es sind Ortswerke (Bezug und Erzeugung), die in der VKU (Vereinigung kommunaler Unternehmungen) zusammengefaßt sind.

4. *Industrieelektro*. Es sind jene Werke der Industrie, in der Hauptsache aber des Bergbaus, die Strom an das öffentliche Netz abgeben, ebenso wie das Gas ihrer Kokereien an die Ferngasunternehmungen. An Einzelabnehmer liefern sie nicht. Sie sind zusammengeslossen in der Vereinigung industrieller Kraftwerke (VIK).

Diese betrieblichen Gruppierungen sind nun das Gelände, auf dem das Ringen um die Gestaltung der Energiewirtschaft ausgetragen wird. Die beiden Gegner heißen in der Gegenüberstellung: Verbundwirtschaft und verbrauchsorientierte Elektrizitätswirtschaft. Die großen Verbundunternehmen möchten die Elektrizitätserzeugung auf wenige Zentren, insbesondere die Rohstoffbasen, beschränken. Sie halten es für wirtschaftlicher, den Strom über ein weites, miteinander verbundenes Stromschienennetz zu transportieren, als den Rohstoff Kohle über die Verkehrslinien von Bahn und Schifffahrt. Als letztes Ziel verfolgen sie den Großraumverbund, und zwar unter Ausschaltung von möglichst vielen kleinen und mittleren Elektrizitätswerken. Die Elektrizitätswirtschaft darf sich, so wird argumentiert, nicht nach kommunalpolitischen, sondern muß sich nach gesamtwirtschaftlichen Aufgaben orientieren.

In einem umfangreichen Gutachten vom Dezember 1951 haben VKU und ARE durch *Dr. Marguerre* nachweisen lassen, daß die „verbrauchsorientierte Elektrizitätswirtschaft“ die Berechnungen der Verbundwirtschaft widerlegt. So wird gesagt, daß es richtiger ist, die Kapazität der bestehenden dezentralisierten Kraftwerke unter Ausnutzung der vorhandenen vielfältigen Anlagen auszubauen. Die Standortwahl für Kraftwerke auf Rohstoffbasis gelte nur für Braunkohle, Ballastkohle und Wasser, nicht aber für marktfähige Steinkohle. Insgesamt gesehen sind — nach Dr. Marguerre — die Investitionsbeträge in der Vergleichung für verbund- und verbrauchsorientierte Werke ohne Vorteil für den Verbund. Hieraus ergibt sich, daß der Transport von Steinkohle in die

Verbrauchsgebiete volkswirtschaftlich richtiger ist als ihre Verarbeitung an Ort und Stelle.

Abgesehen von dieser Grundsatzfrage geht es real für die nächsten Jahre um folgendes: Die aus der installierten Kraftwerksleistung abzugebende Strommenge muß von 28,5 Milliarden kWh auf 57,0 Milliarden kWh im Jahre 1960 erhöht werden. Nach den vorliegenden Planungen entfallen davon auf Braunkohle 4,5 Milliarden kWh, Ballastkohle 3,5 Milliarden kWh, Wasserkraft (einschließlich Import aus Österreich) 5,0 Milliarden kWh und Steinkohle 15,5 Milliarden kWh.

Der Zuwachs aus Braunkohle, Ballast und Wasser ist an den Standort gebunden. Die hieraus gewonnenen 13 Milliarden kWh kommen in erster Linie den Verbundwerken zugute. Wenn nun der dann noch erforderliche Zuwachs von 15,5 Milliarden kWh überwiegend auf Steinkohlenbasis errichtet wird, erhält der Großraumverbund ein weiteres Übergewicht. Mit anderen Worten, die verbrauchsorientierte Versorgungswirtschaft ist daran interessiert, an den zu errichtenden Dampfkraftwerken auf Steinkohlenbasis angemessen beteiligt zu sein.

Während die Großraumwirtschaft bei Gas im Jahre 1928 noch in ihren Anfängen steckte und heute im Westen das Übergewicht besitzt, hatte die Elektrizitätswirtschaft damals bereits einen sehr hohen Grad an Zentralisierung erreicht. Durch die verhängnisvolle Besatzungspolitik hat sich die Basis der Erzeugung in Westdeutschland völlig verschoben. Während die Braunkohle damals anfang, die erste Energieerzeugungsquelle zu werden, steht sie heute in Westdeutschland mit 23 vH. an dritter Stelle. Es gehen voran Wasser mit 25 vH. und Steinkohle mit rund 50 vH. Die genannten neun Verbundunternehmen bestreiten mit einer Abgabe von rund 21 Milliarden kWh rund 75 vH. der öffentlichen Stromversorgung. Das RWE allein ist an der öffentlichen Stromversorgung Westdeutschlands von 28,5 Milliarden kWh mit 10,58 Milliarden kWh beteiligt, das sind 37,1 vH. Die Besitzverhältnisse bei diesen neun Verbundgesellschaften privaten Rechts sind öffentlich und gemischtwirtschaftlich. Bei den gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften hat die öffentliche Hand in allen Fällen die absolute Mehrheit.

#### IV.

Die Energiewirtschaft bedarf einer dringenden Neuordnung. Das weiß man auch in Bonn. Aber bei der sozusagen monistischen Grundgesinnung, Wirtschaftsprobleme aus Prinzip unter „neoliberalen“ Gesichtspunkten zu sehen, unterbleiben wichtigste Maßnahmen. Die bis jetzt vorliegenden Entwürfe zur „Beaufsichtigung der Energiewirtschaft“ entsprechen in keiner Weise den Erfordernissen der Zeit. Es ist zu bemängeln: 1. *das beabsichtigte Prinzip der ministerialbürokratischen Staatsaufsicht*; 2. *die Ignorierung der Tatsache, daß die Elektrizitätswirtschaft überwiegend öffentlicher Besitz ist*; 3. *die Ausschaltung der Arbeitnehmer und Kleinverbraucher* und 4. *die Bestellung von Energieaufsichtsräten auf Lebenszeit*.

Die vorgesehenen Einfluß- und Entscheidungsmöglichkeiten der Ministerialbürokratie in Verbindung mit einer auf Lebenszeit bestellten Energieaufsicht umgehen das Prinzip der öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Die Gewerkschaften bestehen demgegenüber mit Recht auf die Schaffung eines Energiewirtschaftsrates, dessen Zusammensetzung der Wirklichkeit von heute Rechnung tragen muß. Das „Schleifenlassen“ zugunsten einer einseitig interessierten Energiepolitik muß so schnell wie möglich beendet werden. Es ist deshalb kein Zufall, daß die Bemühungen der Gewerkschaften über die Energiewirtschaft hinaus Beachtung und Unterstützung finden.

## WEST-ÖSTLICHER DIWAN

*Vorbemerkung: Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ sind vom Bundesvorstand des DGB als Diskussionsorgan ins Leben gerufen worden. Selbstverständlich gilt auch für den folgenden Aufsatz von Walter Theimer, daß er die persönliche Meinung des Verfassers wiedergibt.*

*Die Redaktion.*

In den letzten Monaten ist eine ganze Reihe außenpolitischer Vorschläge aufgetaucht, die darauf hinzielen, die westlich ausgerichtete Europapolitik der Bundesregierung mit einem System des Ausgleiches nach Osten hin zu verbinden. Man kann von einem „west-östlichen Diwan“ in der Außenpolitik sprechen. Auf ihm sitzen Politiker wie *Wolfgang Schütz*, der politische Berater im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, der erfahrene Diplomat *Dr. Pileiderer*, das jüngste Mitglied des Bundestages *Müller-Heimann*, Staatssekretär a. D. v. *Rohr* und der durch Fraktionszwang zeitweilig zum Schweigen gebrachte *Dr. Bodensteiner*.

Alle diese Männer stehen offiziell im Regierungslager. Das gibt ihren Projekten charakteristische Züge, die sie von den Kundgebungen der Opposition abgrenzen. Der letzteren wird ohnedies vorgeworfen, ihre Kritik an der Politik der Regierung durch keine positive Alternative zu ergänzen; wer versucht, ihr eigentliches Gegenprogramm zu ergründen, blickt nur in dämmerndes Zwielicht. Demgegenüber bemühen sich die Kritiker der Regierungspolitik, die aus dem Regierungslager selbst kommen, in erster Reihe um *Konkretisierung der Alternative*. Weiter müssen sie, im Gegensatz zu der in dieser Hinsicht unbeschwerten Opposition, beträchtliche Rücksicht auf die Stimmung in der Regierungskoalition und die Gefolgschaftstreue gegenüber dem Bundeskanzler nehmen. Sie ziehen die schon geschaffenen politischen und psychologischen Tatsachen in Betracht. Als Männer des Regierungslagers können sie nicht soweit gehen, die Europapolitik des Kanzlers hundertprozentig abzulehnen. Auch wissen sie, daß er seine Lieblingsidee nicht einfach aufgeben wird, und rechnen damit, daß auch die Westmächte zumindest an den Grundzügen dieser Politik festzuhalten entschlossen sind.

Aus dieser Ausgangslage gelangen sie zu einer vorläufigen *Bejahung der Europapolitik*. Sie stimmen einer vertraglichen Bindung Deutschlands, des halben wie des ganzen, an den Westen zu. Sie bejahen ein Militärbündnis, gegebenenfalls auch in Gestalt der Europaarmee. Aber sie geben zu verstehen, daß damit die deutsche Außenpolitik nicht erschöpft sein kann. Deutschland hat nun einmal noch einen Nachbar außer dem Westen, nämlich den Osten, und kann sich bei Strafe der Selbstaufgabe nicht für alle Zeiten einseitig mit dem Westen identifizieren, zumal jener Osten ein kostbares Faustpfand in der Hand hält: die östliche Hälfte Deutschlands. Vielmehr muß Deutschland, wenn seine Stellung gegenüber dem Westen bereinigt ist, auch eine Bereinigung im Osten suchen. Sich in den Panzer zu hüllen und an der Seite der Westmächte in Verteidigungsstellung zu gehen, ist noch keine Lösung der deutschen Probleme,

Die genannten Autoren gelangen also zu dem Schluß, der hier schon des öfteren vertreten worden ist: die Stellung Deutschlands zu Rußland ist eine andere als jene des Westens, muß eine andere sein. Damit wird bereits die Forderung nach einer *selbständigen deutschen Außenpolitik* aufgestellt und Oppositionsstellung gegenüber den Bonner Verträgen bezogen, die auf dem Verzicht auf eine solche selbständige Politik beruhen. Ihrer Grundannahme, daß die

Stellung Deutschlands zur Sowjetunion von Haus aus dieselbe sei wie etwa jene Amerikas, und daß die deutsche Wiedervereinigung ausschließlich durch die militärische Verbindung mit dem Westen zu erzielen sei, wird der Kampf angesagt. Es wird auch hervorgehoben, daß die vorliegenden Verträge nicht die geringste Zusage eines Einsatzes der militärischen Kraft des Westens für die Erreichung deutscher Ziele enthalten.

*Auch Rußland braucht Sicherheit*

Die Autoren erklären rundheraus, daß das *Sicherheitsbedürfnis Rußlands* nicht minder Verständnis verdient als jenes des Westens. Sie rücken ab von jener westlichen Welt Darstellung für die politische Kinderstube, in der nur die Sowjets schwarz, die Westmächte hingegen schneeweiß erscheinen. Mit der Anerkennung des russischen Sicherheitsbedürfnisses wird implizite auch die Möglichkeit anerkannt, daß die russische Sicherheit von einem Angreifer bedroht sein könnte und die Angreiferrolle nicht unbedingt das Monopol Moskaus sein muß. Das ist, von der Warte Washingtons und seiner Getreuen gesehen, schon schwerste Ketzerei. Selbstredend wird nicht die konträre Albernheit der östlichen Propaganda, in der die Russen als die Friedensengel, die Amerikaner hingegen als teuflische Angreifer erscheinen, zur Alternative gewählt, sondern von den Realitäten einer Welt ausgegangen, in der die Machtpolitik souveräner Staaten herrscht und *alle* aus Machtgier oder Angst eines Tages der Versuchung erliegen können, zum Kriege zu schreiten.

Wir haben mit Rußland und seinen Vasallen ein großes Huhn zu rupfen, vielleicht ein größeres als die Westmächte. Ein Blick auf die Landkarte zeigt es. Es zeugt davon, daß in Deutschland das staatsmännische Denken noch nicht ausgestorben ist, wenn heute eine ganze Reihe von Politikern die Klugheit und Selbstüberwindung aufbringt, darum nun nicht blindwütig nach absoluter Stellungnahme gegen den Osten zu rufen, sondern in aller Ruhe zu fragen: Ist ein friedlicher Ausgleich mit Rußland möglich? Dabei erschweren sie sich die Antwort freiwillig selber, indem sie die Voraussetzung machen, daß zugleich die Westpolitik durchgeführt werden soll.

Wenn ein geschulter Diplomat einen festgeronnenen Begriff oder starren Vertrag vor sich sieht, der anscheinend nicht einfach aus der Welt geschafft werden kann, so greift er zu einer altehrwürdigen Methode, die zu seinem Metier gehört. Er sinnt auf Mittel, das Hindernis formell bestehen zu lassen, aber von innen auszuhöhlen. Hinter der unveränderten Fassade, die das Herz der Anhänger jenes Objektes besänftigt, führt er einen Innenbau ganz anderer Art auf. Aus dieser Kunst, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, leitet die Diplomatie einen Großteil ihrer Lebensberechtigung her. Unsere west-östlichen Autoren haben diese Kunst begriffen. Die Westverträge sollen, wenn auch in modifizierter Form, abgeschlossen werden, aber hinter ihrer Fassade soll so etwas wie eine selbständige deutsche Außenpolitik erstehen. Die Modifikationen sollen so sein, daß Rußland beruhigt wird; zugleich soll ein Vertragswerk im Osten, von *Deutschland* mit den Russen abgeschlossen, neben das westliche System treten.

*Deutschland soll nicht Aufmarschgebiet sein*

Was beunruhigt Rußland am meisten? Die Tatsache, daß der EVG-Vertrag die Bundesrepublik zum *Aufmarschgebiet der Atlantikarmeen* gegen den Osten macht. Rußland hat sich — das bedeutendste diplomatische Novum dieses Jahres — damit abgefunden, daß in Deutschland kein militärisches Vakuum bestehen bleiben kann; es hat grundsätzlich nichts mehr gegen die Anwesenheit *deutscher*



Truppen an seiner Westgrenze. Nur die *alliierten* Truppen sollen abziehen. Auch der Kritiker der Außenpolitik *Dr. Adenauers* wird anerkennen, daß diese Wendung nur dadurch erzielt werden konnte, daß die Bundesrepublik sich anschickte, an der Seite des Westens aufzurüsten. Auch der Kritiker des Westens wird feststellen, daß der Westen eine Stunde früher als die Russen zu der Erkenntnis kam, ein wehrloses Deutschland sei ein Unding — obwohl er dieses Unding früher als die Russen zu seinem Hauptziel erklärt hatte, und die Russen es sich erst nachhinkend, dafür hundertfünfzigprozentig, zu eigen machten, wie sie auch jetzt in der neuen Erkenntnis nachhinkten.

Jedenfalls, der Russe hat nichts gegen deutsche Truppen, wenn man auch die quantitative Seite noch näher wird prüfen müssen. Er hat alles gegen alliierte Truppen, auch wenn sie Europaarmee heißen. Der Ausweg? *Wolfgang Schütz* findet ihn in seiner Schrift *Deutschland am Rande zweier Welten* (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1952.) Die Europaarmee soll in Gottes Namen aufgestellt werden, da der Westen nun einmal eine eigene deutsche Armee nicht haben will. Aber mit der Maßgabe, daß *im Frieden auf deutschem Boden nur deutsche Kontingente* dieser Armee stehen dürfen. Damit kommt man dem russischen Sicherheitswunsch entgegen; daran, daß die deutschen Truppen nun Europakontingente heißen, sollte der Russe sich nicht allzusehr stoßen. Dem Inhalt, wenn auch nicht dem Namen nach wäre eine solche Streitmacht die sog. deutsche Nationalarmee, die Moskau vorschlägt. Wenn hier nur deutsche Kontingente stehen dürfen, fällt auch die ganze, nur zum Zweck der militärischen Kontrolle Deutschlands ausgeklügelte Mischorganisation der Europaarmee ins Wasser; denn selbstverständlich müßten die deutschen Kontingente dann über den Divisionsrahmen hinaus einheitlich organisiert sein. Die Schlagkraft der deutschen — vermutlich auch der anderen — Truppen könnte von einer solchen Organisation nur gewinnen. An der engen Verbindung der deutschen Truppen mit der Europaorganisation und dem Vorhandensein eines westlichen Oberbefehlshabers würde Rußland immer noch Anstoß nehmen; aber erstens lassen sich auch hier hinter einer unveränderten Fassade gewisse Änderungen vornehmen, zweitens könnte Rußland sich ja damit beruhigen, daß in seiner Nachbarschaft nur deutsche, einer deutschen Regierung gehorchende Truppen stehen und der atlantische Zar weit ist . . .

Schütz sagt: „Jeder Staat paßt seine Europakonzeption seinen Nationalinteressen an. Das gleiche muß Deutschland tun. Für Deutschland gibt es kein Europa ohne deutsche Einheit in Freiheit, und keine Einheit in Freiheit ohne Verankerung in Europa. Aber die Form dieser Zusammenarbeit muß Gegenstand der Politik bleiben. Politisch wird Deutschland stets zum Westen gehören. Das schließt nicht aus, daß es militärisch darauf achtet, daß dem defensiven Interesse Rußlands Rechnung getragen wird, falls Rußland sich wirklich von deutschem Gebiet zurückzieht. *Bismarck* und *Stresemann* haben diese Rücksicht gewahrt. *Stresemann* ist dem Völkerbund nur unter dem Vorbehalt beigetreten, daß Deutschland niemals Aufmarsch- und Durchmarschgebiet werden würde.“

#### *Zurück zu Locarno?*

An *Stresemann* knüpfen auch die anderen Autoren des west-östlichen Diwans an. Er schuf mit Locarno die vertragliche Verbindung mit dem Westen, besorgte aber zugleich dessen Einverständnis mit einer vertraglichen Regelung der deutsch-russischen Beziehungen. Diese erfolgte in dem heute zu Unrecht fast vergessenen Vertrag von 1926 zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Dieser Vertrag beruhigte die Russen, die in Locarno eine Blockbildung gegen Osten erblickt

hatten. Locarno sicherte, soweit Verträge etwas vermögen, den Westen vor Deutschland und Deutschland vor dem Westen, beide zugleich vor dem Osten, indes der Berliner Vertrag von 1926 Deutschland und Rußland voreinander, das letztere aber auch, was die deutsche Flanke betraf, vor dem Westen sicherte. Ehe Hitlers plumpe Hand dieses System zerstörte, funktionierte es befriedigend.

*Dr. Pfeleiderer* erregte schon vor einigen Monaten durch seinen Vorschlag einer schrittweisen Räumung Deutschlands von allen Besatzungstruppen Aufsehen. Man möge zunächst einen Raum in der Mitte, einschließlich Berlin, freigeben und dort die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gestatten. Dann möge man schrittweise die noch besetzten Randzonen räumen, jeweils gleichzeitig in Ost und West. Nun legt *Dr. Pfeleiderer* in einer Denkschrift die politischen Voraussetzungen für eine solche Freigabe dar, wieder unter der Annahme, daß man die begonnene Westpolitik irgendwie ins Kalkül ziehen müsse und nicht einfach auf den russischen, uns an sich nicht unsympathischen Vorschlag eingehen könne, Deutschland ohne irgendwelche Vertragsbindungen in der Mitte liegen zu lassen, etwa wie eine große Schweiz. Wir haben eben auch mit dem Westen zu rechnen, und eine *mehrseitige* vertragliche Verbindung mit entsprechenden Garantien könnte unter Umständen auch ihre Vorteile für uns haben.

Der Autor war lange Jahre als deutscher Diplomat in Moskau stationiert und kennt die seltsame, von Angstkomplexen erfüllte Seele der Sowjets. Er rät daher, das russische Sicherheitsbedürfnis als realen Faktor der Politik zu betrachten. Mehr noch: bei geschickter Handhabung kann dieses russische Sicherheitsbedürfnis zu einem *Aktivposten der deutschen Außenpolitik* gemacht werden. Es kann dazu dienen, uns vor einer einseitigen Bindung an den Westen zu bewahren und uns zu der selbständigen Mittelstellung zu verhelfen, die das A und O jeder echten deutschen Außenpolitik sein muß. Weiter kann es zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands führen, die durch die einseitige Westbindung in unabsehbare Ferne gerückt würde. Denn Rußland hat im Grunde den Wert des deutschen Puffers für seine Sicherheit schon kapiert; es will nur sicher sein, daß es ein Puffer sein wird und nicht eine westliche Lanzenspitze. Hier ist die russische Politik der westlichen einmal um eine gute Nasenlänge voraus. Der Westen hat den Wert des deutschen Puffers, der für ihn auch recht nützlich sein könnte, noch nicht begriffen.

#### *Ein mehrseitiges Paktsystem*

*Dr. Pfeleiderer* formuliert also ein neues mehrseitiges Paktsystem, das den Spuren von Locarno, nicht von Rapallo folgt; er weiß, daß Rapallo, wenn auch irrigerweise, für den Westen noch immer ein Wort des Schreckens ist. Wir mögen in eine vertragliche Bindung mit dem Westen treten, die gegenseitige militärische Hilfe bei einem Angriff aus dem Osten vorsieht; gleichzeitig aber mögen wir, mit Zustimmung der Westmächte, einen eigenen Vertrag mit den Russen schließen, der sie vor unserem oder einem westlichen Angriff sichert. Diese Verträge soll selbstredend nicht das jetzige Halbdeutschland, sondern die *gesamtdeutsche Regierung* schließen, deren freier Bildung die Russen unter solchen Voraussetzungen wohl zustimmen könnten. Die Frage der deutschen Ostgrenze bleibt heikel, aber man muß bekanntlich nicht alle Hühner auf einmal rupfen. Der Russe wird immerhin Verständnis dafür aufbringen müssen, daß keine deutsche Regierung die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze unterschreiben kann.

Eine Hauptschwäche des Bonner Vertrages erblickt *Pfeleiderer* darin, daß er eben diese direkte Regelung der deutsch-russischen Differenzen verbietet. Das Verbot selbständigen deutschen Handelns in den Fragen der deutschen Einheit

und der Beziehungen zum Osten muß fallen. Pfeleiderer ist für die Fortsetzung der „Integrations“-Politik im Westen, aber nur, wenn sie gleichzeitig gegenüber dem Osten entgiftet wird. Eine höfliche Umschreibung für eine sehr drastische Änderung der jetzigen Politik!

Der junge CDU-Abgeordnete *Müller-Hermann* (Bremen) sieht ebenfalls in der Entwicklung Westdeutschlands zum alliierten Aufmarschgebiet die bedenklichste Seite der Bonner Verträge und die berechtigte Hauptsorge der Russen. Er hat dem Kanzler eine Denkschrift überreicht, in welcher er unumwunden zugibt, daß die Russen für ihre Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung einen *Preis* fordern dürfen, nämlich den Verzicht auf die Umwandlung Deutschlands in ein westliches Aufmarschgebiet. Es sei unreal, zu erklären, daß man über einen Preis für die Wiedervereinigung nicht diskutiere, diese vielmehr als eine selbstverständliche Forderung ansehe, die der Russe zunächst einmal bedingungslos, etwa durch Zulassung freier Wahlen, erfüllen müsse. Das klingt zwar schön, trägt aber den Wirklichkeiten der Lage keine Rechnung. *Müller-Hermann* meint, daß umgekehrt die Russen bereit wären, Konzessionen zu machen, wenn sie dadurch die Gefahr einer deutsch-amerikanischen Allianz bannen könnten. Diese Konzessionen müßten aber mit Konzessionen des Westens bezahlt werden, aufgebaut auf dem Bestreben, die Angstkomplexe Moskaus vor einer Bedrohung seiner Westflanke zu zerstreuen.

#### *Europaverträge und Viererkonferenz*

Der Autor der Denkschrift verlangt die Ausschaltung Deutschlands als militärisches Aufmarschgebiet und eine internationale Garantie des deutschen Territoriums. Die Bonner Verträge mögen wohl ratifiziert werden, meint er, aber unter zwei Bedingungen: erstens nur, nachdem das Zustandekommen einer *Viererkonferenz* von allen Seiten gesichert wäre, zweitens nach Zustandekommen einer Zusatzvereinbarung der Bundesrepublik mit den Westmächten, in welcher die Bereitschaft der letzteren zur Wiederherstellung der deutschen Einheit „präzisiert“ würde. Das ist natürlich wieder eine indirekte Methode, den Bonner Verträgen ihren Kern zu nehmen. Die Viererkonferenz kann nur zustande kommen, wenn beide Seiten zu grundsätzlichen Konzessionen bereit sind, was für den Westen bedeutet, von der jetzigen Bonner Konzeption einer einseitigen Westbindung Deutschlands abzugehen. Die Zusatzvereinbarung über die deutsche Einheit müßte an Stelle der jetzigen vagen Klausel eine wirkliche politische Zusage der Westmächte enthalten, die deutsche Einheit in Freiheit so oder so herbeizuführen. Das heißt mehr Eifer für die jetzt nur lau, wenn überhaupt, gewünschte Wiedervereinigung Deutschlands, dann auch Aufgabe des Vasallitätsprinzips.

*Müller-Hermann* verfehlt nicht, die These des Kanzlers anzugreifen, wonach die Politik der Westintegration der einzige, ja der zwangsläufige Weg sei, die deutsche Einheit herbeizuführen, weil die Sowjets vor der militärischen Stärke des Westens zurückweichen würden. Diese These hält er für unbeweisbar und außerdem für gefährlich, weil sie eine Lösung der schwebenden Probleme nur mit militärischen Mitteln, letztlich durch Krieg, postuliere. Er glaubt, daß es einen anderen Ausweg aus der jetzigen Enge gibt. An der Ehrlichkeit der Russen könne man sicher zweifeln, aber zunächst müsse man „*die Sowjets stellen*“, d. h. ihnen auf einer großen Konferenz unter Angebot vernünftiger Konzessionen Gelegenheit geben, die Ernsthaftigkeit ihrer Vorschläge zu beweisen. Es genüge auch nicht, immer hinter der alliierten Politik in der Deutschlandfrage herzulaufen, sondern es müsse ein *deutscher Vorstoß* unternommen werden, ehe es zu spät ist,

*Eine konservative Stimme*

Staatssekretär a. D. von Rohr, ein Sprecher der konservativen Landwirtschaftskreise, stellte sich in einer kürzlichen Rede hinter *Pileiderers* Grundsatz, daß man mit den Russen um einen Preis für die Freigabe der Sowjetzone verhandeln müsse. Er teilt nicht die Meinung des Kanzlers, daß mit wachsender Aufrüstung des Westens dieser Preis geringer und schließlich gleich Null werden würde. Vielmehr kann der Preis auch *größer* werden; der Russe würde sich bei größerer militärischer Macht des Westens nicht mehr mit den Konzessionen zufrieden geben, die er jetzt vielleicht anzunehmen bereit ist. Er würde dann neue, zusätzliche Sicherheitsforderungen stellen, und die deutsche Wiedervereinigung würde noch mehr erschwert. Weiter meint von Rohr, daß es ungewiß sei, ob die wachsende Macht des Westens wirklich für die deutsche Wiedervereinigung eingesetzt würde. Außerdem erblickt er in jedem Jahr, um das die Wiedervereinigung verzögert wird, eine Gefahr wegen der begonnenen *inneren Strukturwandlung des deutschen Volkskörpers in der Sowjetzone*. Westdeutschland ist eine Mutter, deren Kind man entführt hat, sagt er. Soll sie sich darauf verlassen, daß die Polizei das Kind herbeischafft? Eines Tages könnte es dazu zu spät sein. Ein rechtzeitig gezahltes Lösegeld ist sicherer. Auch von Rohr rief das Beispiel von Locarno an, um einen Ausweg aus der jetzigen Lage aufzuzeigen.

Die Zahl der Stimmen, die sich in dieser Art für eine selbständige deutsche Politik der Mitte erheben — denn diese Konzeption ist durch all diese Kundgebungen hindurchzuhören — ist im Zunehmen. Gegenüber der russischen Forderung eines gänzlich bindungslosen Deutschland wird hier der Gedanke einer zweiseitigen Bindung vorgebracht, deren beide Komponenten einander in gewissem Sinne neutralisieren. Gewiß kann man noch nicht sagen, ob diese Vorschläge schon die letzte gültige Lösung der schwebenden Schicksalsfragen bieten. Bedeutsam bleibt auf jeden Fall die Tatsache, daß neben die Konzeptionen des Westens, der Bundesregierung, der Opposition und der Russen eine weitere, durchdachte Konzeption der künftigen Stellung Deutschlands in Europa tritt, der man das Bestreben zubilligen darf, das Gute aus allen vorliegenden Plänen zu vereinigen.

Und der Kanzler? Er hält zäh an seiner Politik fest, mag auch im eigenen Lager die Kritik steigen. Was will er wirklich? Die Unterwerfung unter den *Status quo*, die bloße Erfüllung alliierter Gebote? Die Zahl der von ihm ausgehandelten Konzessionen in den Verträgen, so ungenügend sie dem Auge der Kritik auch erscheint, läßt einen so simplen Vorwurf nicht ohne weiteres zu. Damit ist nicht gesagt, daß diese Politik die beste oder gar die einzig mögliche gewesen wäre; die Kritik der Opposition, daß man in der gegebenen Lage, wo Deutschland ja doch das Zünglein an der Waage ist, weit mehr hätte erzielen können, hat viel Widerhall gefunden. Was könnte der Kanzler noch wollen? Den Kreuzzug gegen den bolschewistischen Osten, die Verfolgung weitgesteckter Ziele, wie sie durch unvorsichtige, halbdementierte Äußerungen von maßgebender Seite über den Ural, über „Neuordnung im europäischen Osten“ und dergleichen im Frühjahr angetönt wurden? Hier hätte er das deutsche Volk nicht hinter sich. Außerdem deuten die jetzt vorliegenden Verträge nicht darauf hin, daß Deutschland bei jener Neuordnung im Osten — an sich einer verhängnisvollen imperialistischen Zielsetzung — mitzureden hätte; es hat nur eine dienende Rolle zu spielen, nicht einmal seine eigenen Ostgrenzen sind ihm garantiert. Außerdem reicht weder die westliche, noch gar die deutsche Macht dazu aus, solche weitgespannte Pläne ins Auge zu fassen.

Eine Viererkonferenz als Voraussetzung der Bestätigung der Westverträge, wenn diese dann noch notwendig ist, das ist der Rat, der dem Kanzler von allen seinen frondierenden Gefolgsleuten erteilt wird. In ihren Vorschlägen bieten sie ein Programm für diese Konferenz an, auf das sich nach ihrer Meinung die Großmächte einigen könnten. Scheitert eine vernünftige Regelung dann an der Unehrlichkeit der Russen, dann allerdings — das darf nicht vergessen werden — bliebe der Bundesrepublik nur der Weg des Westbündnisses, eines *echten* Bündnisses, aufgebaut auf Leistung und Gegenleistung, auf voller Gleichberechtigung und Mitsprache. Je mehr formulierte Alternativen auftauchen, je mehr die Entwicklung fortschreitet, desto fragwürdiger wird die These, die jetzt vorliegenden Verträge seien die einzige Möglichkeit der deutschen Politik.

Der sozialdemokratische Parteitag forderte „ein System kollektiver Sicherheit, an dem Deutschland als gleichberechtigter Partner ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist“. Die Formulierung ist nicht klar genug, um erkennen zu lassen, ob damit ein System etwa im Sinne der hier besprochenen Vorschläge gemeint ist oder ein Westbündnis mit Zusagen hinsichtlich der Wiedervereinigung. Andeutungen über wirtschaftlichen Zusammenschluß und der Kommentar, daß die Einheit Deutschlands nicht unbedingt vor der Schaffung dieses Systems hergestellt sein muß, deuten eher in die zweite Richtung. Die SPD betont aber, die jetzigen Europaverträge blieben für sie unannehmbar. Das Wirklichkeitsgefühl läßt ein echtes Westbündnis in der Tat als den geschichtlich wahrscheinlichsten Weg der Entwicklung erscheinen; vorher aber muß einwandfrei geklärt sein, daß ein anderer Weg nicht gangbar ist.

*Ernst Riggert*

## KOMMUNISTISCHE TARNORGANISATIONEN IN DER BUNDESREPUBLIK

### *Ihre Prinzipien und ihre Gefahr*

Die Bundestagswahlen des nächsten Jahres werfen ihre unruhigen Schatten voraus. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht gegenwärtig die Entscheidung über Generalvertrag und Europäische Verteidigungsgemeinschaft, d. h. über die freiwillige Bindung der Bundesrepublik an die Verteidigungssysteme des Westens und ihre Bedingungen. Das ist zugleich die Stunde eines umfassenden Propagandaangriffs der KPD-SED. Sie möchte die Entscheidung für den Westen hintertreiben, die Fundamente der Bundesrepublik durch die Erzeugung von Kriegsfurcht, politischer und wirtschaftlicher Unruhe unterhöhlen und sich Ausgangspositionen für den Kampf um die Sowjetisierung Gesamtdeutschlands sichern. Mangels eigener Massenbasis führt sie dabei viele wechselnde Tarnorganisationen ins Feld. Diese arbeiten vorzugsweise in engen Zirkeln. Nach außen beschränken sie sich auf einen Papierkrieg mit unzähligen Rundbriefen und Broschüren. Die direkte mündliche Auseinandersetzung wird immer seltener. Ihnen antworten in gleicher Weise Bundesregierung und demokratische Organisationen. Der Broschürenkrieg schwillt immer noch an. Eines seiner Nebenergebnisse ist eine ernsthafte Verwirrung bei vielen Leuten, die sich durch die absichtsvoll verwendete Unzahl von Organisationsbezeichnungen, die regellos auch in der Tagespresse wiedergegeben werden, nicht mehr durchfinden.

Diese Lage fordert einige grundsätzliche Feststellungen über die Erscheinungs- und Wirkungsweise der kommunistischen Tarnorganisationen.

Vor einiger Zeit berichtete dpa aus Mainz, daß die dortige Polizei bei einer Haussuchung Belege dafür gefunden habe, daß die sogenannte „*Deutsche Sammlung*“ die gegenwärtige Dachorganisation aller kommunistischen Tarnverbände in der Bundesrepublik sei. Ende Juni hatte Bundesinnenminister Dr. *Lehr* eine vom „Arbeitskreis für deutsche Verständigung“ nach Dortmund einberufene Versammlung, aus der dann die „*Deutsche Sammlung — Bewegung für Einheit, Frieden und Freiheit*“ — hervorging, als kommunistisches Unternehmen gekennzeichnet. Bei dieser Gelegenheit hatte Dr. *Lehr* erklärt, daß seinem Ministerium über 170 verschiedene kommunistische Tarnorganisationen bekannt seien. Das scheint eine erschreckende Zahl, die einer Erörterung bedarf.

#### 170 Tarnorganisationen?

Die Zahl stimmt, besser, sie stimmte zu dem Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe. Seither ist mindestens eine neue Organisation dazugekommen, eben die am 29. Juni ins Leben gerufene „*Deutsche Sammlung*“, an deren Spitze der 73jährige frühere Reichskanzler Dr. *Wirth* steht. Wenn wir alle neueren lokalen „Initiativkomitees“ für „Einheit und gerechten Friedensvertrag“, „gegen Remilitarisierung“ usw., deren es in jeder Großstadt mehrere gibt, hinzuzählen, ist die Zahl noch höher. Aber diese Zahl bedeutet nur, daß das Bild der Tarnorganisationen dauernd chamäleonartig wechselt. Wir haben keinesfalls 170 gesonderte, nebeneinander aktive Tarnorganisationen. Im Grunde handelt es sich um ein einziges Tarnnetz, das je nach den politischen Umständen und Zwecken, nach einheitlichen Richtlinien verschieden gefärbt, d. h. mit verschiedenen Namen benannt wird. Es wird dirigiert von einer kleinen Zahl heimlicher oder offener kommunistischer Funktionäre. Manchmal wird für eine einzige Veranstaltung kurzfristig eine neue „Organisation“ begründet, deren Bezeichnung dann in den Registaturen fortlebt.

Die KPD-SED unterhält mehrere Gruppen von Tarnorganisationen, die zu gemeinsamer Aktion zusammengefaßt werden. Eine Gruppe (Aktionsausschüsse und Einheitskomitees der Hafen-, der Metallarbeiter-, der Seeleute usw.) ist besonders gegen den DGB und die SPD angesetzt. Der Zersetzung gewerkschaftlicher, politischer und sportlicher Jugendorganisationen im Sinne der aufgelösten FDJ dient die nächste Gruppe. Sie verfügt im „Blitz“, Hamburg, über eine geschickt geleitete Wochenzeitung. An ehemalige Soldaten wendet sich der wohlfinanzierte „Führungsring ehemaliger Soldaten“, München. Legale und illegale Osthandelsinteressen werden in einer dritten Gruppe ausgebeutet. Schließlich haben wir eine vierte, die allgemein-politische Wirkungen anstrebt.

Da wir nicht alle kommunistischen Tarnbezeichnungen untersuchen können, jede Aufzählung binnen kürzester Frist überholt wäre, wählen wir diese Gruppe als Beispiel für die Methodik der fraglichen Tarnorganisationen. Das geschieht mit um so größerem Recht, als diese Gruppe seit Jahren die Dach- und Kernorganisation aller kommunistischen Tarnvereinigungen stellt, das Oberkommando sozusagen, im Feldzug gegen die Westorientierung der Bundesrepublik.

Als vor etwas über zwei Jahren die „deutsche Frage“ akuter wurde, traten die Kommunisten mit den „Ausschüssen für Volksbefragung“, der ersten Spitze ihrer Tarnorganisationen, an die Öffentlichkeit. Die „Volksbefragung“ wurde verboten. Die Vorschläge und Forderungen Grotewohls und der Sowjets wandelten sich im Laufe der Zeit. Statt „gesamtdeutscher Beratungen“ forderte die SED „gesamtdeutsche Wahlen und einen gerechten Friedensvertrag“. Damit wandelte sich auch der zentrale „Ausschuß für Volksbefragung“ in den „Arbeitskreis für deutsche Verständigung — für einen gerechten Friedensvertrag“. An seiner Spitze blieben aber die aus dem Präsidium jenes Ausschusses schon bekannten

*Dr. Friedrich Maase*, Düsseldorf, und der aus der CDU ausgeschlossene frühere Oberbürgermeister von M.Gladbach, *Wilhelm Elfes*. Zwecks zusätzlicher Tarnung traten die frühere volksparteiliche Reichstagsabgeordnete *Katharina von Kar-dorii-Oheimb* und — im Januar 1952 — *Dr. Wirth* dem Präsidium der Nachfolgeorganisation bei. Der von den Russen neu entdeckte „Rapallo-Reichskanzler“ Wirth ist in diesem Gremium der Herold einer neuen Verständigung mit den Sowjets zu sowjetischen Bedingungen.

Um diese Dachorganisationen gliedern sich alle die kleinen und kleinsten Ausschüsse, Komitees, Bünde und Gemeinschaften für Neutralisierung, gegen Remilitarisierung, für den Frieden, für Aktionen „in letzter Stunde“, für Kriegsdienstverweigerer. Sie alle sind gehalten, sich an allen Aktionen des „Arbeitskreises“, der sich jetzt „Deutsche Sammlung“ nennt, zu beteiligen. Wohl löste in der „Deutschen Sammlung“ der bei den Sowjets vorgezogene Dr. Wirth den ehemaligen Oberbürgermeister und preußischen Polizeipräsidenten Elfes als Vorsitzenden ab. Maßgeblich blieben aber nach wie vor der kommunistische Notar Dr. Maase, Elfes und die bisherigen Funktionäre und geheimen Dirigenten des „Arbeitskreises“.

#### *Zwecke der Tarnorganisationen*

Die von der KPD oder direkt aus Pankow gesteuerten Tarnorganisationen dienen zweierlei Zwecken. Sie sollen zunächst der westdeutschen KP die fehlende breite Massen- und Werbebasis ersetzen. Offen kommunistische Parolen ziehen bekanntlich nicht mehr. Die KPD schiebt daher getarnte taktische Ziele vor. Sie scheut sich auch nicht, ihre Endziele dabei völlig zu verleugnen, christlich-religiös oder demokratisch, pazifistisch oder national aufzutreten, obgleich sie zutiefst atheistisch, totalitär, antipazifistisch und russisch-imperialistisch ist.

Die zweite — entscheidende — Aufgabe der Tarnorganisationen ist es, dem illegalen „Apparat“ der SED-KPD, ihrer Spionage- und Sabotageorganisation, Deckung und Manövriermöglichkeiten zu schaffen. Etwa 80 vH. des Nachrichtenertrages der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Spionage sind den Tarnorganisationen und ihrer naiven Mitläuferschaft zu danken.

Entsprechend den beiden Aufgabenkreisen bestehen die Tarnorganisationen aus Leuten, die von dem vorgeblichen Ziel überzeugt sind und sich mißbrauchen lassen, und aus „befugten“ Eingeweihten, welche die eigentlichen Initianten und Leiter sind. Die Zahl der letzteren ist nicht erheblich. Sie sind die kennzeichnenden Schlüsselfiguren jeder Tarnorganisation.

Ihr hervorstechendstes Merkmal ist im übrigen die Tatsache, daß es immer noch gutgläubige Staatsbürger gibt, die sich von der Redlichkeit der kommunistischen Politik überzeugen lassen, obgleich alles Wissenswerte über ihre eigentlichen Ziele in den Schriften Lenins und Stalins nachgelesen werden kann, obgleich Millionen Zeitgenossen die teuflischsten Erfahrungen mit dieser Politik gemacht haben und täglich machen.

#### *Anknüpfungspunkte der Ostwerbung*

Dies erstaunliche Phänomen, das sich im Kern aus der allgemein verbreiteten Passivität vor öffentlichen Pflichten erklärt, als Resultat jener Überfülle von Eindrücken und Reizen der technisierten Welt, vor der die Vernunft nur noch mühsam zwischen Symptomatischem und Zufälligem zu unterscheiden vermag, gründet sich in dem besonderen Fall auch auf einige Tatsachen, die aus unserer jüngsten Geschichte herrühren.

Eine wesentliche Rolle spielt das blinde Ressentiment gegen den Westen, das z. B. 1932 noch den alten Führer des rechtsradikalen Bundes „Oberland“, *Beppo Römer*, in die KPD trieb; aus Protest gegen die damalige Annäherung des

Reiches an Frankreich. Gegenwärtig haben wir den krassesten Ausdruck jener Stimmung in dem Ausspruch *Remers*, daß er lieber vorrückenden russischen Panzern als Verkehrspolizist dienen als kämpfen werde. Dieser deutsche Nationalismus läßt sich dann gerne in einen Taugroggenmythos einlullen. Besatzungsgeschädigte und von der Politik des Westens Enttäuschte sind weitere Opfer kommunistischer Werbung.

Die zweite Gruppe der Anfälligen kommt aus den Kreisen derjenigen, die legitim oder illegitim am Osthandel interessiert sind. Die Auswirkungen des Konjunkturabsturzes von der Ruhr zur Zonengrenze, der Abtrennung alter Wirtschaftszentren von ihrem Hinterland ergeben immer neue Ansatzpunkte. Die staatlichen Handelsorganisationen des Ostens nutzen sie rücksichtslos aus. Sie verbreiten auch über die Möglichkeiten des Osthandels phantastisch übertriebene Vorstellungen.

Eine dritte Gruppe von Mitläufern verdankt die KPD dem Mißverhältnis vieler Deutscher zur militärischen Organisation einerseits und dem langjährigen Mißverhältnis dieser Organisation zur Demokratie andererseits. Dieses gegenseitige Mißverhältnis hatte sich nach 1918 besonders verhängnisvoll entwickelt. Nun fürchten viele der heute grundsätzlich abseits Verharrenden, daß jede deutsche Wiederbewaffnung eine neue innerpolitische Katastrophe besiegeln werde. Die kommunistische Agitation gegen jede Remilitarisierung (Westdeutschlands) fiel bei ihnen auf fruchtbaren Boden.

Auch das „Ohne mich!“ der zahlreichen — unechten — Neopazifisten, das keineswegs ethisch-religiöse Gründe hat, sondern auf Enttäuschung, mangelhaftem Denken, Furcht und Rückversicherungssorge beruht, spielt in der getarnten kommunistischen Werbung immer noch eine Rolle. Sie geht dabei logischer Argumentation aus dem Wege und hält sich an gefühlsbetonte Parolen.

In jedem Falle bleibt die erstaunliche Feststellung, daß die Welt der Tatsachen mißachtet wird zugunsten unklarer Sehnsüchte, kurzsichtiger Profitsucht oder privater Befürchtungen. Eine Ausnahme macht im großen und ganzen nur die Westberliner Bevölkerung, die den Gegner und seine Methoden ständig vor Augen hat.

#### *Lüftung der Tarnung*

Für den politisch Erfahrenen ist es keine Kunst, die Tarnorganisation zu durchschauen. Sie ist zunächst — und muß sein — eine Werbeorganisation für die politischen Ziele der Sowjets bzw. der SED-KPD. Darin unterscheidet sie sich von der reinen Nachrichtenorganisation. Die Tarnung ergibt sich aus dem Verschweigen oder der Vertuschung der Endziele. Eines der unvermeidlichen Kennzeichen der Tarnorganisation ist die absolute Parallelität ihrer Parolen und Aktionen zu den Parolen und Handlungen der KPD-SED. Sie folgt jeder Nuance sowjetischer oder ostzonalen Stellungnahmen, soweit sie sich auf ihre Aufgabe beziehen. Andere verschweigt oder bagatellisiert sie. Da sie in Westdeutschland vorwiegend pazifistisch auftritt, vermeidet sie z. B. jede Erörterung sowjetzonaler militärischer Rüstungen. KP-Presse und ostzonaler ADN sind wachsame Beobachter ihrer Veranstaltungen. Die am 23. April von Wilhelm Elfes gegenüber dem ostzonalen Kabinett betonte „Übereinstimmung in Grundfragen und Zielen“ ist durchweg festzustellen.

Am eindeutigsten ist jedoch die Tarnung durchschaubar an Hand immer derselben Namen kommunistisch beauftragter Funktionäre. Die Namen der beiden gegenwärtig mit der Organisation der „Nationalen Front“ in Westdeutschland Beauftragten, des KP-Vorstandsmitgliedes *Oskar Neumann*, München, und der kommunistischen Bundestagsabgeordneten *Grete Thiele*, Wuppertal, treten aller-



dings nur bei besonderen Aktionen in Erscheinung, bei denen die ostzonale Presse des Bildes der „Einheit mit der kämpfenden Arbeiterklasse“ bedarf. Aber die Namen *Friedrich Maase*, Düsseldorf, *Dr. Kurt Wessig*, Hamburg, Rektor *Dr. Stritzke*, Nürnberg, Generalleutnant a. D. *Schrank*, München, HJ-Führer a. D. *Jurzek* und *Claudia Kuhr*, Hamburg, sind nicht minder kennzeichnend für die Tendenz der wechselnden Organisationen, in denen sie auftreten. Meist gehören sie gleichzeitig zu mehreren Tarngruppen — etwa zum „Führungsring ehemaliger Soldaten“, zum „Neutralen Deutschland“, zum „Frauenfriedensbund“, zum „Demokratischen Kulturbund“ (Präsident *Dr. Maase*), zur „Sozialistischen Aktion“, zum „Gesamtdeutschen Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft“, zur „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ usw.

Der Nachweis der finanziellen Abhängigkeit der Tarnorganisation von ihren Auftraggebern ist gegenüber dem Beleg ihrer politischen Abhängigkeit weniger entscheidend. Doch möge ein Hinweis auch für dieses Gebiet die Beweislage bezeichnen. Frau von Kardorff, die am 23. April 1952 gemeinsam mit *Maase*, *Elfes* und anderen vom „Ministerrat der DDR“ empfangen wurde (s. „Tägliche Rundschau“ vom 25. April), wandte sich dabei mit der Bitte um „weitere Hilfe“ für die Arbeit in Westdeutschland an *Ulbricht*. Kein Mensch wird auf den Gedanken kommen, daß die erwartete „weitere Hilfe“ nur in politischen Deklamationen bestehen sollte.

#### *Bewertung der Tarnorganisationen*

Die Tarnorganisationen sind auch ein Zeichen der Schwäche der Kommunisten in Westdeutschland. Sie sind verhältnismäßig schwerfällig und kostspielig und damit auch für die offizielle KPD keine Quelle ungetrübter Freude. Dazu macht der dauernd wechselnde Kurs laufende Umorganisationen notwendig. Immer schneller werden sie auch durchschaut und öffentlich angeprangert, was ihre Wirkung mindert. Diese besteht in einer gewissen allgemeinen Beunruhigung, die bisher aber weder stetig noch nachhaltig war. Wäre die zweite Seite ihrer Aufgaben nicht, so wären die kommunistischen Tarnorganisationen keine ernsthafte Gefahr.

Die Gegenwirkung auf dieser Seite ist jedoch ebenfalls rege. Sowohl staatliche als auch gegnerische politische Organisationen haben den Kampf gegen die Tarnorganisationen aufgenommen. Das bedeutet auch für die Kommunisten die Gefahr gegnerischer Einsickerung, der sie sich auf ihren geheimen, vorbereitenden Konferenzen durch die scharfe Trennung zwischen „Befugten“ und Mitläufern nur unvollkommen erwehren können. Als kürzlich in einer Großstadt eine getarnte Gruppe polizeilich ausgehoben wurde, legitimierte sich ungefähr die Hälfte ihrer Mitglieder als Gegner eben dieser Organisation.

#### *Bekämpfung der Tarnorganisation*

Es ist eine ganz selbstverständliche Aufgabe aller Demokraten, die politischen Tarnorganisationen zu entlarven und zu bekämpfen. Sie sind stets Feinde gesunder demokratischer Diskussion und Entwicklung. Wer nicht sagt, was er meint, und nicht tut, was er sagt, muß aus der demokratischen Diskussion ausscheiden. Die Verbindung der Tarnorganisationen zum illegalen kommunistischen „Apparat“ macht ihre Tätigkeit vollends unerträglich.

Der am 8. Juli 1952 an *Dr. Walter Linse* in Berlin-Lichterfelde vollzogene Menschenraub dürfte die Situation in dieser Hinsicht genügend erhellt haben. Angeblich oder tatsächlich naive und gutgläubige Mitläuferschaft kann daher hinfert nicht länger als ehrenhaft und entschuldigbar hingenommen werden. Die Tarnorganisation hat in der Demokratie nichts zu suchen. Der ganze Ringverein kommunistischer Tarnorganisationen muß zerschlagen werden.

## WELTPROBLEME IM SPIEGEL DER ZEITSCHRIFT

**England** Die stürmische Entwicklung der Europapolitik vom Programm zur

**und Europa** Verwirklichung geht unaufhaltsam über die Einwände und Vorbehalte der britischen Außenpolitik hinweg, kommen sie nun von der Labour Party oder von den Konservativen. Der alte Irrtum, daß die Kontinentalpolitik England vom europäischen Zusammenschluß fernhalten wollte, ist nunmehr historisch widerlegt. Alle Bemühungen der kontinentalen Regierungen und Parteien, England zu einem gleichberechtigten und -verpflichteten Partner irgendeines konkreten europäischen Zusammenschlusses zu machen, scheiterten am britischen Nein. Das Vereinigte Königreich schließt sich selbst, der nackten Wirklichkeit gegenübergestellt, von der Partnerschaft mit Europa aus, weil seine ökonomischen und politischen Bindungen mit dem Commonwealth und den Vereinigten Staaten den unbedingtesten Vorrang vor irgendeiner Bindung mit Kontinentaleuropa haben, selbst mit dem Rest-, aber Kerneuropa, das in Bildung begriffen ist. Wie spiegelt sich dieser Vorgang in der Zeitschrift wider; welche gegnerischen Argumente kommen zu Wort?

Von seiten der Labour Party hat *Denis Healey*, Unterhausmitglied seit 1951, wiederholt gegen die europäische Föderation und für eine Kooperation von Westeuropa, dem Commonwealth und den Vereinigten Staaten Stellung genommen. Das war bereits der Grundgedanke seines Beitrags zu *Socialist Commentary* im Mai 1951, und er kehrt zu ihm in seinem Beitrag zur Europa-Sondernummer des *Twentieth Century* (907) zurück. Daß inzwischen der Schumanplan in Kraft getreten ist und sich alle Spekulationen auf eine Mitwirkung Englands als illusorisch erwiesen haben, bewirkte keine Wandlung in der durchaus typischen, keineswegs persönlichen Stellungnahme des Abgeordneten für South Leeds. Healey hat aber in seinem ersten Beitrag das *vorwiegend strategische Interesse* der englischen Politik am Kontinent so stark hervorgehoben, daß offenbar dieses vor allem auch in seinem neuen Aufsatz mitspricht. Wie seinerzeit die Denkschrift der Labour Party *European Unity* beweist Healey die Richtigkeit dessen, was er bekämpft. Wenn nach seinen Angaben 50 vH. des britischen Außenhandels das Commonwealth erreichen und nur 25 vH. Westeuropa, so bedarf es keiner weiteren Begründung, warum sich England, bei Strafe des Unterganges, nicht von seinem Hauptkunden abkehren und mit seinem Nebenkunden lieren kann. Healey hebt auch dankenswert hervor, daß das Commonwealth keine bindenden Verpflichtungen mit dem Vereinigten Königreich eingehen will, hält die bloße Idee einer Commonwealth-Bindung an England für phantastisch und die mit Westeuropa für indiskutabel. Kurz, es soll bei den *losen Bindungen* bleiben, die eher den Charakter einer Allianz, einer Entente haben, aber keine realen Tatsachen schaffen, aus denen neue Marktverhältnisse von bleibendem Wert hervorgehen können.

Merkwürdig berührt es auch, wie die ältesten Argumente und Methoden des Gleichgewichts der Kräfte wieder hervorgekehrt werden, um die europäische Konzentrationsbewegung zu erschweren. So spricht Healey von der Notwendigkeit, Frankreichs Besorgnis über ein kommendes Deutschland zu beruhigen, und schlägt als ein mögliches Mittel dafür vor, Deutschland in die NATO aufzunehmen, damit Frankreich in einer Organisation nicht Deutschland allein gegenüberstehe. Nun ist aber der Gegensatz zwischen dem Geflecht der verschiedenen westeuropäischen Montan-, Armee-, Landwirtschafts- und Verkehrsunionen auf der einen Seite und der NATO auf der anderen rein fiktiv, denn kein europäischer Föderalist hat bisher den Austritt des konföderierten Westeuropa aus der NATO befürwortet. Ganz im Gegenteil, einer der entschiedensten Vorkämpfer der westeuropäischen Föderation, der französische Sozialist *Andre Philip* hat in seinem ausgezeichneten Beitrag »Le Socialisme et l'Unité Européenne« in den belgischen *Cahiers Socialistes* (27) die Bedeutung des Zusammenschlusses für eine würdigere Tätigkeit Europas in der NATO wirkungsvoll begründet. Die enge Zusammenarbeit mit Amerika ist auch für ihn eine Selbstverständlichkeit. Nur sollen die europäischen Mitgliedstaaten nicht in der NATO vereinzelt erscheinen, denn es besteht die Gefahr, daß sie von den mächtigeren, das heißt von England und Amerika, gegeneinander ausgespielt, ausgestochen, ausverkauft und früher oder später auf den Rang von Satelliten herabgedrückt werden. Daß das schon heute der Fall ist — wer wollte das leugnen oder beschönigen? „Nur wenn sich Europa (fährt Philip fort) auf dem Wege der Integration und schnellster Vereinigung befindet, wird es inmitten der atlantischen Gemeinschaft eine autonome Politik betreiben und mit den Amerikanern als Freund, nicht als Diener, verhandeln können.“ Findet das geeinigte Europa in der atlantischen Gemeinschaft ein fest zusammengeschlossenes Commonwealth vor, um so besser für alle.

Wenn Denis Healey England nicht in die Stellung des Schiedsrichters auf dem Kontinent einsetzen möchte, da es für Europa keine Verantwortung übernehmen kann, so tritt das bekannte konservative Unterhausmitglied Robert Boothby in seinen Europabeiträgen im *Twentieth Century* (905–907) geradewegs dafür ein, daß an Stelle des von Spaak vorgeschlagenen verpflichtenden Europa, in dem Deutschland das Übergewicht hätte, die *lockere Assoziation* der westeuropäischen Länder *unter britischer Führung* tritt. Dieser Ausdruck „locker“ (loose) sagt alles. Lockere Bündnisse sind solche, die man kündigt, bricht oder einfach nicht, einhält, wie etwa den Locarno-Vertrag, den Hitler gebrochen und England bloß nicht gehalten hat. Auf einer solchen Basis kann keine Wirtschaft entstehen, die auf lange Sicht baut, produziert, Märkte organisiert, liefert und beliefert wird. Wir wissen in Europa nur zu gut, was von einer solchen „lockeren“ Gemeinschaft zu erwarten ist und wünschen daher eine bindende, in der jeder einzelne Partner durch sein eigenes Interesse festgehalten wird. Das weiß auch Frankreich, und daher weicht Schuman mit seitlänzerischer Geschicklichkeit allen Versuchen der britischen Politik aus, sich in die Erz-Kohle-Union einzuschalten ohne Verantwortung anzunehmen, oder wie Healey es ausdrückt: „Schuman tut sein Bestes, alle Vorschläge Edens in der Geburt zu ersticken, obwohl diese Vorschläge das Äußerste sind, was England der kontinentalen Union anbieten könnte.“

Sehen wir uns nun die britischen Gegenvorschläge genauer an, so laufen sie samt und sonders darauf hinaus, den *Westblock* wieder in den Vordergrund zu schieben, der seit der Initiative Schumans in der Welt Diskussion außer Mode gekommen ist. Dieser Westblock stellt wirklich ein überparteiliches national-britisches Ziel der Außenpolitik dar, und von der Labour-Linken (Cole) bis zur Tory-Rechten (Churchill) herrscht über seine Wünschbarkeit Einigkeit. Die Beiträge von Boothby, Healey oder der etwas unbestimmtere von Lord Pakenham in der *World Review* (43) kehren in verschiedenen Begründungen zum Westblock zurück, den Sebastian Haffner vom *Observer* in *The Twentieth Century* (907) wie üblich auf Ernest Bevin's Vorschläge von 1947 zurückführt. Es ist erstaunlich, daß einem in der Chefredaktion des *Observer* tätigen Publizisten nicht bekannt ist, daß sein eigenes Blatt während des Krieges die heute verwirklichte Teilung Europas befürwortet und diese britische Konzeption seit 1935 gefördert hat. Auch die kluge Verschwiegenheit der britischen Außenpolitiker kann mich nicht in der Annahme beirren, daß die heutige Teilung Europas den britischen Wünschen entspricht und die Schumansche Konzeption der kontinentalen Einigung Westeuropas als der eigentliche Gegenzug gegen die Politik des Westblocks anzusehen ist, die Westeuropa zu einem bloßen Anhängsel der angelsächsischen Welt machen möchte. Daher die vielen Einwände, die durch alle britischen Zeitschriftenbeiträge gehen. Die meisten Beiträge zeigen aber, daß England auf Grund seiner alten Kultur ein guter Verlierer sein kann und aus der fast unwiderruflichen Entwicklung der westeuropäischen Unifizierung das Beste herauszuholen bemüht sein wird.

**Der Europäer** Von allen großen Dichtern des 19. Jahrhunderts war keiner populärer

**Hugo** als Hugo. Hunderttausende Schulkinder zogen am Fenster des Achtzig-

jährigen vorbei, und für Millionen war das Nationalbegräbnis unter dem Arc de Triomphe 1885 ein unvergleichliches Volksfest der Liebe zu dem großen Republikaner, der stolz darauf war, noch ganz „dumm“ an Fortschritt, Menschlichkeit, Frieden und an das Vereinigte Europa zu glauben. Hugos politische Entwicklung folgte den Wandlungen der französischen Geschichte, aber immer mit der Tendenz zum Richtigen und Besseren, ohne jede Unterwerfung unter Parteigebote. Roger Pagosse hat in der Reime *Socialiste* (55) Hugos Verhältnis zum Sozialismus und zur Friedensidee sorgfältig untersucht und teilt auch Kennern des Werkes Neues mit. Republik und Sozialismus waren für Hugo eins, denn er war Erbe der Tradition von 1792 und 1848. Seinen sozialistischen Vorstellungen fehlte Präzision, seine Gesinnung war aber groß und gläubig, daher hat er wie kein anderer begeisternd gewirkt. Vor allem sah er im Sozialismus eine Aufgabe, die sich an die ganze Menschheit wendet. Als Dichter konnte er Partei ergreifen, ohne Partei zu sein. Berühmt ist sein Wort über die Commune von 1871: „Ich bin für die Commune aus Prinzip und gegen die Commune, wie sie geführt worden ist.“ Ihn empörte der Geiselmord, für den Marx die preußische Praxis von 1870 verantwortlich machte, und er beantwortete Rachsucht mit dem Vers: „Ich würde Judas retten, wenn ich Christus wäre.“ Die Vision der *Vereinigten Staaten von Europa* entsprang seiner Konzeption einer egalitären Welt der Freiheit und des Adels des Individuums. Er sprach die Formel der Vereinigten Staaten Europas zum erstenmal schon 1848 aus und wiederholte sie 1851 im Parlament. Sie steht auch in seinem Testament. Seine

politischen Gegner nannten ihn deshalb verrückt. In der Emigration pflanzte er im Garten seines Hauses eine Eiche, die er „Europa“ nannte, und die heute ein mächtiger Baum geworden ist, wie Europa heute groß und blühend wäre, wenn man die große sozialistische Idee der Kontinentalpolitik, für die *Joseph Bloch* in den *Sozialistischen Monatsheften* von 1905 bis 1933 unermüdlich wirkte, rechtzeitig begriffen hätte. Die Studie von Pagosse wird Hugo auf noble Weise gerecht und nimmt den Versuch der Bolschewisten, den Dichter für sich zu usurpieren, nicht weiter zur Kenntnis.

**Volk und** Das Museum ist eine Institution des 19. Jahrhunderts, die man  
 zwar  
**Museum** in die Tradition der fürstlichen Kunst- und Kuriositätenkammern stellen kann, die dennoch ein neues, zunächst negatives Phänomen der abendländischen Kunstkultur repräsentiert, nämlich die Loslösung des Kunstwerks von seiner Funktion. Wie fromme Hinterglasmalerei in einem bayrischen oder tirolischen Bauernhaus ganz anders wirkt als in der Sammlung eines Museums, so haben alle künstlerisch geformten Objekte einen Zusammenhang mit ihrem geistigen und sozialen Milieu, von dem getrennt sie in einer Ausstellung sinnentleert werden. Das Museum hat heute noch andere Aufgaben als die des Sammeins und Zeigens, und mit ihnen befassen sich Museumsleiter und Volkspädagogen in allen Kulturländern.

Der großen Entwicklung des modernen Museums widmet sich auch die UNESCO. In ihrer mehrsprachigen Zeitschrift *Museum* werden die außerordentlich differenzierten Aufgaben der Museumsführung, der Ausstellungsprobleme und der Beziehung des Besuchers zum Museum von namhaften Persönlichkeiten der Museumswelt bearbeitet. Daß hier eine Erziehungsaufgabe großen Stils vorliegt, die auch die Kulturarbeit der Gewerkschaften angeht, zeigt der numerisch gewaltig angewachsene Museumsbesuch in der westlichen und östlichen Welt. Charakteristisch ist auch, daß zum Beispiel die Bevölkerung von Zürich voriges Jahr ihre Unzufriedenheit mit der Leitung des Kunsthause durch Verwerfung eines Notkredites Ausdruck gab. Die Massen wollen keine Museen für Astheten haben, sondern streben einen Zugang zur Kultur aller Zeiten und Tätigkeiten an; sie brauchen Führung und wünschen in die Erfahrung der Welt durch die Kunst eingelassen zu werden.

Auch die schweizerische Kunstzeitschrift *Werk* (9) versucht in mehreren Beiträgen den pädagogischen und soziologischen Sinn der Museumskultur zu klären. Hans *Friedrich Geist* berichtet über seine Erfahrungen in einer mittleren deutschen Stadt, deren Schätze an moderner Kunst 1933 vernichtet wurden. Um das Publikum für die neue Kunst zu gewinnen, wurden die Bilder erst in thematischer, dann erst in rein künstlerischer Ordnung gezeigt. Auswahl der Werke, Beschriftung, Texte, Kataloge, Führungen haben sich sowohl nach der Aufnahmefähigkeit wie dem Versagen des Publikums zu richten. Die Leistung der Kestnergesellschaft wird gerühmt. — Eigene Wege ging auch, wie *Ferdinand Eckhardt* berichtet, die Leitung der Wiener Museen, die den großen französischen und englischen Ausstellungen in Wien viele Anregungen verdankt. Gute Erfolge hat man bei der Konzentration der Führungen auf ein Werk erreicht, das zur Diskussion gestellt wird. Die Führung von Kindern, der Besuch von Blinden in der ägyptischen Abteilung hat Eindrücke vermittelt, die es noch nie gegeben hat. — Neue und glänzende Methoden der Darbietung wurden in der van-Gogh-Ausstellung in *Mailand* mit großem Erfolg versucht: Gegenüberstellung der gemalten Landschaft und ihrer photographischen Wirklichkeit, neue Wandformen usw. — In *Paris* ist das Musée de l'Homme durch Vereinigung von Theater, Konzert- und Vortragssaal, Terrassenrestaurant usw. ein wahres Volkszentrum geworden. Es bildete auch eine ruhmvolle Zelle der Resistance, und es ehrt in der Vorhalle seine Toten.

Felix Stössinger